

Grußwort
der Sozialministerin
Dr. Gitta Trauernicht
anlässlich des Informationstages Bürgerstiftungen
am 4. November 2004
in Bargteheide

Sehr geehrter Herr Dr. Eckstein,
Sehr geehrter Herr Mitsch,

ich freue mich sehr, Sie alle zur Eröffnung des Informationstages Bürgerstiftungen zu begrüßen.

Das Stiftungswesen hat in Schleswig-Holstein in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Mit dem Informationstag speziell zum Thema ‚Bürgerstiftung‘ wollen wir den bestehenden Stiftungen öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen und das in ihnen geleistete Engagement würdigen. Wir wollen aber vor allem für den Stiftungsgedanken werben. Ich lade Sie ein: Machen Sie sich ein Bild von einem lebendigen Stück Bürgergesellschaft.

„Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und Arbeit zu verteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten Meer.“ Dieser Satz von Antoine de St. Exupery verdeut-

licht sehr treffend die Haltung, die zur Gründung einer Stiftung führt. Sie als Stifter verfolgen ein ganz bestimmtes Gesellschaftsmodell; nämlich eine Bürgergesellschaft, in der sich die Menschen vor Ort mehr verantwortlich fühlen für ihre Kommune. Durch handfestes Anpacken, durch Spenden und Sponsoring, aber eben auch durch Stiftungen werden so Handlungsspielräume für die Gemeinschaft eröffnet.

Schleswig-Holstein ist ein Bundesland im Aufbruch. Zu den wichtigsten Signalen dieses Aufbruchs gehört auch, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger verstärkt für ihr Gemeinwesen engagieren. Dafür gibt es deutliche Anzeichen. Eines der wichtigsten ist der starke Zuwachs bei den Stiftungen in unserem Bundesland. Ihre Zahl hat sich in den letzten drei Jahren stetig erhöht.

Auch dies ist für mich ein ermutigendes Signal dafür, dass sich das Verhältnis von Bürgern und Staat verändert.

Umso mehr freue ich mich, mit dem heutigen Informationstag allen Interessierten die umfassende Möglichkeit zur Information über Konzept und Praxis von Bürgerstiftungen anbieten zu können. Dies ist wichtig, um für Nachahmer zu werben.

Durch Bürgerstiftungen erhält die Kommunalpolitik einen neuen Partner. Aus meiner Sicht sollten Kommunalpolitiker selbstbewusste Stiftungen nicht als Konkurrenz betrachten. Vielmehr sollten sie die Bürgerinnen und Bürger ermuntern und ermutigen, sich aktiv in diese Stiftungen einzubringen und mit dieser Investition auch Einfluss zu nehmen, mitzugestalten.

Jede Bürgerstiftung ist ein Schritt hin zur Bürgergesellschaft, in der Staat und Kommune nicht die Abladestellen für alles sind sondern, mit John F. Kennedy das Motto nicht heißt „Was kann der Staat für mich tun“ sondern „Was kann ich für den Staat tun“.

Eines möchte ich aber an dieser Stelle betonen:

Ich sehe das nicht so, wie viele andere, die meinen, Stifter müssten dem Staat aus-helfen, müssten die Lücken füllen, die in den öffentlichen Haushalten klaffen. Das ist nicht so und das wäre auch nicht gut so.

Stiftungen dürfen nicht an die Stelle des Staates treten - sie sollen seine Arbeit er-gänzen, aber nicht ersetzen.

So verstehe ich auch Ihr Engagement in den Bürgerstiftungen: Sie springen nicht da ein, wo der Staat sparen muss, sondern Sie weisen den Staat auf die Felder hin, auf denen er mehr tun sollte.

Und ganz nebenbei:

Sie haben gegenüber dem Staat einen klaren Wettbewerbsvorteil: Sie können ihr Geld flexibler einsetzen, als das öffentliche Haushaltsrecht das oft möglich macht. Sie können Dinge unterstützen, für deren Förderung der Staat erst einmal eine Reihe von Richtlinien erlassen oder ändern müsste.

Ich verstehe Stiftungen auch als Wegweiser. Sie initiieren Projekte und Entwicklun-gen und leisten oft Starthilfe insbesondere in den Bereichen des Sozialen, in der Bil-dung und der Wissenschaft und in der Kultur. Dies sind genau die Zukunftsfelder in denen wir alle unseren Beitrag leisten müssen und deren Ausgestaltung eine ent-scheidende Rolle für unser Zusammenleben ist.

Ich nehme diese Wegweisungen gerne auf und versichere Ihnen, dass ich mit meiner Sozialpolitik für Schleswig-Holstein besonderen Wert auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in unserem Land lege:

Zeitgemäße Sozialpolitik verstehe ich daher vor allem als eine Gestaltungsaufgabe, in der Chancen und Risiken gerecht verteilt werden müssen. In diesem Sinne schließt ‚Soziale Gerechtigkeit‘ alle ein: Alte und Junge, Gesunde und Kranke, Rent-ner und Beitragszahler, Alleinstehende und Familien, Behinderte und Nichtbehin-derte, Arbeitslose und Erwerbstätige. Nur so kann Sozialpolitik sich ihre Gestaltungs-räume sichern.

Solidarität und soziale Gerechtigkeit, das möchte ich mit diesen Worten verdeutlichen, sind also immer eine Sache auf Gegenseitigkeit – jedenfalls nicht eine Sache der wundersamen Vermehrung von Finanzen. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Diskussion nötig über mehr Eigenverantwortung und mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Dem gegenüber ist es Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für diese Beteiligung zu schaffen und sie zu entwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, dürfen erwarten, dass sie von allen staatlichen Ebenen unterstützt und ihnen Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

In Schleswig-Holstein haben wir durch die Einrichtung der Landesinitiative Bürgergesellschaft in meinem Haus einen wichtigen Schritt getan – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern. Wir bieten mit dieser Einrichtung allen Akteuren – und damit sind sowohl haupt- als auch ehrenamtlich Tätige gemeint – eine Informations- und Anlaufstelle an.

Zu ihren zentralen Aufgaben gehören:

- die Schaffung von Möglichkeiten für alle Beteiligten auf Gemeinde-, Stadt- und Landesebene sich miteinander auszutauschen und gemeinsam Konzepte und Strategien zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes und zur Motivierung von Bürgerinnen und Bürgern entwickeln zu können,
- die Entwicklung und Förderung von Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten für freiwillig Engagierte,
- die Förderung innovativer Projekte, die beispielgebend sind für andere Engagierte und
- die Entwicklung eines neuen Handlungs- und Rollenverständnisses in der öffentlichen Verwaltung, mit dessen Hilfe mehr freiwilliges Engagement ermöglicht wird.

So haben wir es beispielsweise schon erreicht, dass der individuelle Schutz des Einzelnen, der nicht einem großen Verband oder der Kirche angeschlossen ist, bei der

Ausübung seines Ehrenamtes erheblich verbessert wurde. Derzeit prüfen wir Möglichkeiten diesen Schutz auch auf den Bereich der Unfallversicherung auszudehnen.

Hierzu gehört aber auch, mit gutem Beispiel voranzugehen und beispielsweise Rechtsnormen auf ihre Engagementfreundlichkeit zu überprüfen, Verwaltungswege zu vereinfachen, generell zur Entbürokratisierung beizutragen.

Zudem

- entwickeln wir gerade mit unseren Partnern ein Bildungsprogramm für alle Engagierten im Lande,
- sind in zahlreichen Gesprächen wie z.B. hier mit Stiftungen, um mit ihnen gemeinsam neue Projekte zu initiieren und nicht zuletzt
- haben wir gerade ein großes Projekt gestartet, in dem wir erproben wollen, wie die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement gestaltet werden müssen, damit sich vor Ort ein möglichst tragfähiges Netz von Haupt- und Ehrenamt zur Organisation offener Hilfen für Menschen mit Unterstützungsbedarf – insbesondere für Menschen mit Behinderung - entwickeln kann.

Dies alles sind große Ziele und große Aufgaben, die nicht von heute auf morgen zu realisieren sind und auch nicht an politische Legislaturperioden ausgerichtet sein dürfen. Die Verwirklichung der Bürgergesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gemeinsam mit allen Beteiligten – auch jenseits der tagespolitischen Aktualität – erreicht werden kann. Ich erhoffe mir daher auch vom heutigen Tage viele und intensive Diskussion mit Ihnen und allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern darüber, wo der Schuh drückt und was besser gemacht werden kann.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem heutigen Tag einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der Bürgergesellschaft gehen. Für mich gehört das soziale Engagement durch das Stiften oder Spenden zu den wichtigsten Formen der Beteiligung. . Unsere Demokratie lebt davon, dass sich der Einzelne für das Gemeinwohl einsetzt, dass er sich einmischt, dass er die Zukunft unseres Landes mitgestaltet. Wir brau-

chen diese Eigeninitiative, wir brauchen den Ideenreichtum. Wir brauchen auch die persönlichen Akzente, damit wir der Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht werden.

Und genau in diesem Sinne bitte ich Sie alle, heute und auch weiterhin für den Gedanken der Bürgerstiftung zu werben und möglichst viele Menschen anzustiften, gleiches zu tun.

Ich danke der Stiftung "Schleswig-Holsteiner Stiftungstag", die mit ihrem Engagement diese Veranstaltung ermöglicht hat. Ein besonderer Dank gilt dem Initiator, Dr. Michael Eckstein, der mittlerweile auch durch seine Hartnäckigkeit zu einem wichtigen Kooperationspartner für mich und mein Haus geworden ist.

Ich hoffe, dass diese Veranstaltung heute einen Auftakt für ganz viele Informationsveranstaltungen zum Thema ‚Stiftung‘ bildet, und dass dadurch das ehrgeizige Ziel des "Schleswig-Holsteinischen Stiftungstages" bis zum Jahr 2010 mehr als 1.000 private Stiftungen in Schleswig-Holstein zu haben erreicht wird.

Ich wünsche Ihnen hierfür ‚gutes Gelingen‘ und für den heutigen Tag wünsche ich uns ganz viele informative Gespräch, neue Anregungen und vor allem viel Spaß.

Hiermit eröffne ich den „Informationstag Bürgerstiftungen“.

Vielen Dank